

# Der Steinmetz

## Organ

für die Interessen der Steinarbeiter Deutschlands.

„Der Steinarbeiter“ erscheint einmal wöchentlich am Sonnabend.

Herausgeber:

Paul Mitschke, Rixdorf-Berlin, Steinmehstraße 14.

Verantwortlicher Redakteur:

Dittmar Schmidt, Rixdorf-Berlin, Steinmehstraße 14

Geschäftsstelle und Expedition:

Rixdorf-Berlin,

Steinmehstraße 14.

Abonnementspreis durch die Post inkl. 15 Pf. Bestellgeld vierteljährlich 80 Pf., durch die Expedition unter Kreuzband 90 Pf.

Anzeigen: Von Vereinen und Krankenkassen 10 Pf., von Privaten 20 Pf. die gespaltene Zeile ober deren Raum. Arbeitsangebote werden nur aufgenommen, wenn Lohnverhältnisse und Arbeitszeit angegeben sind.

„Der Steinarbeiter“ ist unter Nr. 7166 d. Zeitungs-Postliste eingetragen.

Nr. 36

Sonnabend, den 9. September 1899.

3. Jahrg.

### Bekanntmachung der Zentralleitung.

Vom 21. September d. J. ab befindet sich die Geschäftsstelle und Redaktion der Steinarbeiter Deutschlands Rixdorf-Berlin, Bergstraße 30-31 Hof p., es sind deshalb alle Sendungen von genanntem Datum ab, an obige Adresse zu richten.

Die Zentralleitung der Steinarbeiter Deutschlands  
S. A.: Carl Hirtmann.

### Streiks, Sperren und Lohnbewegungen.

Der Ausstand in Berlin, Bunszlau, Breslau, Wenig-Radwitz, Löwenberg und Alt-Warthau dauert fort.

Neu hinzugekommen, weil sich die Kollegen weigeren Streikbrecherarbeit zu machen, sind die Orte Altenhagen, Springe, Pirna und Riesa.

In Lohnbewegung stehen die Kollegen in Heppenheim, Schwarzenbach und Berlin II (Marmorarbeiter.)

Außer vorgenannten Orten besteht die Sperre über den Kasernenbau Mannheim, Zwickau, Platz Mehlfhorn.

In Posen bei Michalsky u. Co. sind Differenzen ausgebrochen. Zuzug fernhalten!

### Der Berliner Steinarbeiterstreik vor dem Einigungsamte.

Zur Verhandlung in Sachen des Steinarbeiterstreiks trat am Donnerstag Vormittag, den 31. August das Einigungsamt des Gewerbegerichts zusammen. Als Beisitzer fungierten für die Arbeiter Körsten und Knoll, für die Unternehmer Bildhauer Kretschmer und Fabrikant Maas. Als erster Verhandlungsgegenstand wurde die Frage der Gültigkeit des Tarifs festgesetzt. Steinmetz Schmidt erklärte, der Tarif sei mit dem Jahre 1898 abgelauten und habe seine Gültigkeit verloren, weil die Lohnkommission, welche über dessen Fortdauer mit den Meistern verhandeln sollte, von diesen nicht anerkannt worden sei. Die Unternehmer mußten, nach einigem Zögern, dies zugeben und begründeten die Ablehnung damit, es habe sich um einen bei einem Nichtinnungsmeister beschäftigten Gesellen gehandelt. Im übrigen beriefen sie sich zur Begründung des angeblichen Kontraktbruchs und der von ihnen behaupteten Fortdauer des Tarifs auf das Zeugnis des Altgesellen Verkauf, der zur Stelle war und sofort vernommen wurde. Er bestritt entschieden, eine Aeußerung gethan zu haben, die als Bestätigung der Gültigkeit des Tarifs ausgelegt werden könne, und wurde in seiner Aussage von anderen Zeugen unterstützt. Bedenungsvoller war der Hinweis auf einen vor dem Gewerbegericht im Mai dieses Jahres zum Austrag gelangten Streitfall, bei dem der Kläger, ein Steinmetz Richter, gegen die beklagte Firma Gebr. Zeidler ein obfiegendes Erkenntniß erzielte, wobei er sich bezüglich seiner

Forderungen auf den Tarif stützte. Der Vorsitzende bestätigte den Fall aus den Akten des Gewerbegerichts. Nach mehrstündiger Berathung erklärte das Gericht den vielmehrstrittenen Lohnarif für gültig bis zum 1. März 1900, wobei jedoch ausdrücklich zugegeben wurde, daß eine regelrechte Verlängerung der Tarifdauer nicht stattgefunden habe, die Arbeiter mithin formell zu der Ansicht berechtigt waren, daß zur Zeit kein rechtsgültiger Tarif bestände. Auf der Basis des Tarifs könne jedoch weiter verhandelt werden. Steinarbeiter Schmidt begründete hierauf die Forderungen: Abschaffung der Akkordarbeit, Einführung des Minimallohnes 70 Pfg. pro Stunde, der 8 stündigen an Stelle der 8 1/2-stündigen Arbeitszeit und machte eine Beilegung des Bunszlauer Streiks zur Voraussetzung einer Einigung in Berlin. Die Innungsmeister erklärten durch ihren Obermeister auf eine Abschaffung der Akkordarbeiten unter keinen Umständen eingehen zu können, bezüglich einer Lohnaufbesserung seien sie jedoch zu weiteren Verhandlungen bereit. Ebenso würden sie die achtstündige Arbeitszeit anerkennen, mit den Ausständigen in Bunszlau wollten sie gesondert verhandeln.

Der Vergleichsvorschlag des Einigungsamtes lautete dahin: 1. Die Unternehmer verpflichten sich, mit den Arbeitern (Gesellenausschuß) bereits anfangs dieser Woche über einen neuen Lohnarif in Berathung zu treten, der vom 1. März nächsten Jahres ab, Geltung haben soll. Diese Verhandlungen sollen so beschleunigt werden, daß der Tarif spätestens innerhalb 14 Tagen festgesetzt ist. Falls Streitigkeiten über einzelne Punkte entstehen, verpflichten sich beide Parteien, innerhalb 24 Stunden das Gewerbegericht anzurufen. 2. Schon jetzt wird festgesetzt, daß vom 1. März 1900 ab die Arbeitszeit vom 1. März bis 1. November 8 Stunden, vom 1. November bis 28. Februar nur 7 1/2 Stunden betragen soll. Ueberstunden und Nachtarbeit bleiben der freien Vereinbarung überlassen. 3. Bei Lohnarbeit beträgt der Mindeststundenlohn 70 Pf. 4. Maßregelungen finden nicht statt. 5. Dieser Vertrag tritt in Kraft, sobald die Unternehmer, sich mit den streikenden Steinmetzen in Bunszlau, Breslau usw. geeinigt haben werden. Die Arbeit soll dann sofort wieder aufgenommen werden. Die Unternehmer erklären sich bereit, den Vorschlag zu acceptieren, während sich die Vertreter der Arbeiter zur Berathung zurückzogen, deren Ergebnis zunächst die Ablehnung des Einigungsvorschlages ist. Die Verhandlungen werden daraufhin abgebrochen und zu Sonnabend, den 2. September, 11 Uhr ein neuer Termin angesetzt.

Eine hierzu einberufene Steinarbeiterversammlung, welche gut besucht war und am 1. September stattfand um zu den stattgefundenen Verhandlungen vor dem Einigungsamt Stellung zu nehmen, beschloß nach einer lebhaften Berathung mit allen gegen 7 Stimmen die Forderung auf Einführung der allgemeinen Tageslohn-Arbeit aufrecht zu erhalten und den Vergleichsvorschlag des Einigungsamtes abzulehnen.

Vor der Beschlußfassung haben die Kommissionsmitglieder auf alle eventuellen Folgen, die durch die Ablehnung des Einigungsvorschlages entstehen können, hingewiesen.

In der Diskussion sprachen sich fast sämtliche Redner, nachdem die Mitglieder der Kommission über die Verhandlungen und über die Situation des Streiks eingehend berichtet hatten, für die Ablehnung des

Einigungsvorschlages aus. Alle diese Redner erklärten den Vorschlag insbesondere deshalb für unannehmbar, weil die allgemeine Einführung der Lohnarbeit, die Hauptforderung der Arbeiter, nicht zugestanden ist. Sie plädierten für die strikte Aufrechterhaltung des Streiks, und zwar so lange, bis von den Unternehmern die Beseitigung der Akkordarbeit bewilligt wird. Von den zu den neuen Bedingungen Arbeitenden wurden versprochen, daß sie noch einen größeren Prozentsatz von ihrem Verdienste als bisher abgeben werden, um die genügende Unterstützung der Ausständigen zu sichern. Ein Theil derjenigen, die zur Zeit in Arbeit stehen, haben sich bereit erklärt, anderen, bisher Streikenden den Platz zu räumen.

Am 2. September Vormittags trat das Einigungsamt des hiesigen Gewerbegerichts in Sachen des Steinarbeiterstreiks abermals zusammen.

Bei Beginn der Verhandlungen erklärte der Steinmetz Schmidt im Auftrage seiner Kollegen, daß die am Freitag stattgefundene Versammlung der Steinarbeiter beschlossen hat, den gemachten Einigungsvorschlag abzulehnen und daß eine Einigung nur unter der Voraussetzung, daß die Einführung der allgemeinen Tageslohnarbeit an Stelle der Akkordarbeit bewilligt wird, möglich wäre. Nach kurzer Begründung dieser Bedingung, wobei er nochmals auf die Sterblichkeit in unserem mörderischen Beruf an der Hand der Statistik sowie der Denkschrift, welche von den ausständigen Steinarbeitern Berlins den Gewerberichtern unterbreitet wurde, hinwies, und zugleich festmagelte, daß die Herren Innungsmeister nicht in der Lage waren uns das Gegentheil dieser berechtigten Forderung zu beweisen, sondern nur deshalb dieses nicht bewilligen zu können, glauben, weil es Beschluß einer Vorstandssitzung des Verbandes deutscher Steinmetzgeschäfte sei, theilt er noch mit, daß seine Kollegen der Ansicht sind, daß die Verhandlungen am Donnerstag nicht als offizielle, sondern als Vorbesprechungen gelten und dementsprechend auch der Einigungsvorschlag zu betrachten sei.

Nachdem der Vorsitzende diese Ansicht als irthümlich bezeichnet hatte, gab der Obermeister Dittmar die Erklärung ab, daß die Vertreter der Unternehmer unter keinen Umständen weitere Zugeständnisse machen werden, daß sie den Arbeitern bereits mehr Konzessionen gemacht hätten, als wozu sie eigentlich berechtigt gewesen wären.

Der Obermeister Dittmar gab gleichzeitig bekannt, daß die Vereinigung der Steinmetzmeister von Dresden, Pirna und Umgebung beschlossen hat, die Arbeiter aufzufordern, bis nächsten Montag in Pirna die Arbeit wieder aufzunehmen, widrigenfalls im ganzen Bezirk keine neue Arbeit ausgegeben wird. Ferner sei beschlossen, bis nächsten Mittwoch eine außerordentliche Hauptversammlung abzuhalten und den Mitgliedern mitzutheilen, daß die aus den Streikgebieten eingestellten Arbeiter (also aus Berlin, Bunszlau, Breslau u.) sofort zu entlassen sind. Der Vorsitzende der Vereinigung hat dafür Sorge zu tragen, daß entsprechende Plakate gedruckt werden und auf allen Werkplätzen zum Aushang gelangen. Der Verband deutscher Steinmetzgeschäfte habe am Freitag in Dresden folgende Beschlüsse gefaßt: 1. „Vom Montag, den 4. September werden Gesellen bis auf weiteres nicht eingestellt. 2. Es wird

die Arbeit in Berlin, Bunzlau, Breslau, Dresden und Pirna nicht eher aufgenommen, bis eine Einigung in allen Revieren und Plätzen erzielt worden ist."

Von weiteren Verhandlungen nahmen hierauf beide Parteien Abstand, und erklärten die Unternehmer auf die Anfrage des Vorsitzenden, daß sie die Fällung eines Schiedspruches wünschen. Nach ziemlich langer Berathung des Einigungsamtes verkündet der Vorsitzende folgenden Schiedspruch:

1. Es wird empfohlen, daß die Unternehmer mit den Arbeitern (Gesellenausschuß) möglichst sofort über den Lohntarif, welcher vom 1. März 1900 ab gelten soll, in Berathung treten. Die Arbeiten zur Festsetzung des Tarifs sind derartig zu beschleunigen, daß spätestens innerhalb vierzehn Tagen nach Beginn der Tarifverhandlungen die sämtlichen Tariffätze vereinbart sind. Es wird für richtig gehalten, etwaige Differenzen bei den Berathungen der Unternehmer mit ihren Gesellen über den Tarif derartig zu beseitigen, daß die Parteien innerhalb 24 Stunden das Gewerbegericht anrufen und die Entscheidung des Einigungsamtes einholen. 2. Auf Grund der Verhandlungen und nach Anhörung der Auskunftspersonen wird vorgeschlagen, daß vom 1. März 1900 ab täglich in den Monaten vom 1. März bis ersten November 8 Stunden, vom 1. November bis ersten März 7 1/2 Stunden zu arbeiten ist. 3. Die Höhe der Bezahlung der nothwendigen Ueberstundenarbeit, sowie der Sonntags- und der Nacharbeit ist bei der Berathung des Tarifs von den Innungsmeistern mit dem Gesellenausschuß zu regeln. 4. Soweit gegen Stundenlohn gearbeitet wird, sind mindestens 70 Pfg. pro Stunde zu zahlen. 5. Endlich wird für wünschenswerth gehalten, daß die Unternehmer sich um schleunige Beseitigung der Differenzen mit ihren auswärtigen Arbeitern bemühen und auf angebotene Vergleichsverhandlungen eingehen.

Beiden Parteien wurde aufgegeben, sich bis spätestens 15. September zu erklären, ob sie sich diesem Schiedspruch unterwerfen wollen.

Bei diesen Verhandlungen, welche eine längere Zeit in Anspruch nahmen und von den Herren Innungsmeistern die kleinlichsten Argumente zur Vertheidigung herangezogen wurden, hatten sie doch den erwünschten Erfolg nicht erreicht, denn sie konnten uns den frivolen Kontraktbruch, mit welchem sie so viel Aufsehen in der gegnerischen Presse gemacht haben, nicht aufhalsen, auch konnte man wahrnehmen, daß die gestellte Forderung, Abschaffung der Akkordarbeit und Einführung des allgemeinen Tagelohnes von Seiten des Vorsitzenden, sowie der Beisitzer gar nicht in Erwähnung gezogen wurden. Es gewann den Anschein, daß man diese Forderung der ausständigen Steinmetzen, welche doch als Kernpunkt des Ausstandes zu betrachten ist, umgangen hat, deshalb ist es auch erklärlich, daß die Steinmetzen, welche sich am 1. September versammelt hatten, einen dementsprechenden Beschluß faßten. Denn wir glauben, wenn bereits 6 Berliner Firmen die Forderungen der Ausständigen bewilligt und als berechtigt anerkennen, so werden die 3 Innungsfirmen, ohne daß ihnen von ihrem Innungsdünkel etwas verloren geht, dieses auch bewerkstelligen können. Sollten nun, wie von Herrn Dittmar verlesen wurde, die Steinarbeiter des Bezirks Dresden, Pirna und Umgegend laut Verbandsbeschluß der Steinmetzgeschäfte mit ausgesperrt werden, so wünschen wir ihnen viel Glück zu dieser Ausübung von Terrorismus, geben ihnen jedoch die Versicherung, daß wir damit schon gerechnet haben und unentwegt auch diesen Kampf zum Siege führen werden.

## Internationales.

**Oesterreich.** Aus Klausenburg wird uns berichtet, daß es den dortigen Unternehmern, welche noch halbwegs annehmbare Löhne zahlen, infolge der großen Schmuckkonturrenz, welche von der dortigen Firma Gebrüder Nagy getrieben wird, schwer fällt, eine Arbeit zu erstehen.

Man denke nur, bei einer Arbeit, welche auf 2500 fl. veranschlagt war, 700 fl. Nachlaß. Man kann sich nun denken, wie die Löhne niedergedrückt werden, folgedessen waren die dort beschäftigten Kollegen gezwungen, die Arbeit niederzulegen, indem es den tüchtigsten Arbeitern nicht möglich war, mehr als 1 fl. 40 kr. zu verdienen.

Wenn der Bezug nach dorthin ferngehalten wird, dürfte es den Kollegen schließlich doch gelingen, die Unternehmer zur Aufbesserung der Löhne zu bewegen.

**Trient.** Der Ausstand der Steinbrucharbeiter, welcher schon sechs Wochen währt, dauert ununterbrochen fort. Den Arbeitenden hat man schon 10 pCt. bewilligt und 10 bis 12 stehen noch im Streik, welche man hofft noch unterzubringen.

Von E. Swebberg Fredrikstadt (Norwegen) ging ein Beitrag von 18 Mk. für internationale Agitation ein.

## Internationales Agitations-Komitee.

J. A.: D. Schmidt.

## Korrespondenzen.

**Alt-Warthau.** Am 23. August fand hier selbst eine Steinarbeiter-Versammlung statt. Kollege Seidel-Bunzlau gab einen kleinen Ueberblick über die jetzige Lage des Streits. Nach seinen Ausführungen ist die Lage der Ausständigen immer noch zu ihren Gunsten, auch der Geist sei, trotz der Machinationen seitens der Arbeitgeber sowie der gegnerischen Presse, immer noch derselbe, so daß viele von den Kollegen, zum Verdruf der Arbeitgeber, den Staub von den Füßen schütteln. — Zu Revisoren wurden, falls der eine oder andere abreist, 4 Mann gewählt: die Kollegen Scholz, Hoffe, Hoberg und Wiegandt.

**Auerbach.** Am 29. August fand hier eine öffentliche Steinmetzversammlung statt. Es wurde zunächst die Wahl der Delegirten zum Gewerkschaftskartell vorgenommen. Gewählt wurden die Kollegen H. Dreßel, L. Seidel und H. Günnel. — Betr. des Tarifs, welcher bis 1. Dezember zu kündigen ist, wird beschlossen, zur nächsten Versammlung die Meister einzuladen, den Tarif zu kündigen und den jetzigen Zwickauer Tarif vorzulegen. — Was die Sache des jetzigen Poliers und früheren Vertrauensmannes Richard König anbelangt, so erklärt der auf Einladung erschienenen König am 3. September Vormittag bei dem Vertrauensmann Singer zu erscheinen, um mit den Revisoren und Plakatsjuren endlich einmal zu regeln. — Zum Schluß wurde noch eine Lehrlingsangelegenheit geregelt.

**Berlin II.** Zur Lohnbewegung der Marmor- und Granitarbeiter Berlins und Umgegend schreibt man uns: Die Theilnahmlosigkeit und Laueheit der übergroßen Mehrheit der Berliner Marmorarbeiter, machten es einem Theil der Berliner Unternehmerschaft sehr leicht im Laufe der verfloffenen Jahre in ihren Betrieben Zustände zu schaffen, welche man noch vor 6 Jahren nicht für möglich gehalten hätte. In der Möbelbranche sind z. B. an den Akkordfäden Abzüge bis zu 30 pCt. vorgekommen. — Die Fabrikanten haben sich aber jetzt in Folge der blutigen Konturrenz und Jagd nach neuen Abzugsquellen soweit unterboten, daß einige von ihnen nur eine Scheineristenz führen und nur das Verdienst ihrer persönlichen Arbeit an ihren Fabrikanten haben. Diese unhaltbare und ungesunden Zustände nun endlich mal zu beseitigen, beschloß ein Theil der Berliner Groß-Unternehmer einen Verein der Berliner Marmorwaren-Fabrikanten zu gründen, um die Erhöhung der Verkaufspreise für fertige Marmorwaren herbeizuführen. Die Berliner Marmorarbeiter benutzten aber die Gelegenheit, um ihrerseits auch einen kleinen Vortheil dabei herauszuschlagen. In allen Versammlungen im Frühjahr und Sommer wurde wiederholt darauf hingewiesen, daß nur die Einführung eines einheitlichen Tarifs für Berlin und Umgegend im Stande sei unsere jetzt so gedrückte Lage zu heben. In einer Versammlung im Mai wurde eine Tarifkommission gewählt welche den Auftrag hatte, einen den jetzigen Verhältnissen angemessenen Lohn- und Akkordtarif auszuarbeiten. In zwei Versammlungen im Juli legte die Kommission den fertigen Tarif vor. Nachdem die Versammlungen sich damit einverstanden erklärten wurde die Kommission beauftragt den Tarif zum geeigneten Zeitpunkt den Fabrikanten vorzulegen. Den 25. August hielt die Kommission nun für den richtigen Moment und übermittelte jedem hiesigen Fabrikanten den Tarif mit diesbezüglichem Begleitschreiben, worin sie die Fabrikanten zu einer gemeinschaftlichen Sitzung einlud.

Die Marmor- und Granitarbeiter Berlins II und Umgegend hielten am 31. August eine stark besuchte Versammlung ab, in der die Tarifkommission über die Verhandlungen mit den Unternehmern Bericht erstattete. Wie mitgetheilt werden konnte, sind die Unternehmer nicht abgeneigt, mit den Arbeitern einen festen Tarif zu vereinbaren, wohl auch deshalb, um durch die Festsetzung von einheitlichen Löhnen die Schmuckkonturrenz, die von einzelnen Firmen besonders arg betrieben wird, zu beseitigen. In den gemeinsamen Verhandlungen, die am Mittwoch stattfanden, haben sich die Unternehmer zu dem vor den Arbeitern aufgestellten Tarif im allgemeinen zustimmend geäußert, aber eine bestimmte Erklärung noch nicht abgegeben, sondern eine achtstägige Bedenkzeit verlangt, die ihnen von den Arbeitervertretern auch zugestanden wurde. Die Kommission ersuchte die Versammelten, sich ebenfalls damit einverstanden zu erklären, um zu beweisen, daß die Arbeiter zu einer friedlichen Regelung der Angelegenheit bereit sind. Nachdem sich mehrere Redner für die Anerkennung der gewünschten achtstägigen Frist ausgesprochen hatten und darauf hingewiesen worden war, daß einem weiteren Aufschub unter keinen Umständen zugestimmt werden wird, sondern dann die geeigneten Maßnahmen zur Durchführung des Tarifs sofort zu treffen sind, wurde folgende Resolution angenommen: „Die heute versammelten Marmorarbeiter Berlins und Umgegend erklären sich mit der den Unternehmern zugestandenen Frist zur Abgabe einer bestimmten Erklärung einverstanden. Die Versammlung ist aber entschlossen, eine weitere hinauschiebung der Angelegenheit nicht zuzugestehen und wird demgemäß ihr Verhalten einrichten.“ — Der Tarif, der von den Arbeitern aufgestellt ist und der bis zum März 1901 Gültigkeit haben soll, enthält außer den genau detaillirten Akkordpreisen für die vorkommenden Arbeiten folgende Bestimmungen: Die Arbeitszeit beträgt 9 Stunden und zwar mit den üblichen Frühstücks-, Mittags- und Vesperpausen von Morgens 7 Uhr bis Abends 6 Uhr. Sonnabend Schluß der Arbeitszeit 5 Uhr bei Fortfall der Vesperpause. An den Tagen vor den großen Festen Schluß der Arbeitszeit 3 Uhr. Auf den Bauten hat der Steinmetz die Arbeitszeit der Maurer einzuhalten. Tagelohn: Der niedrigste Lohnsatz für einen Steinmetz oder Hauer beträgt 65 Pfg. Jahrgeld und sonstige Auslagen auf Bau werden vom Meister vergütet. Ueberstunden 15 Pfg. pro Stunde mehr. Nacharbeit 50 pCt. Zuschlag. — Der niedrigste Tagelohn für einen Schleifer beträgt in der Werkstelle pro Stunde 50 Pfg., außer der Werkstelle und auf Bau pro Stunde 55 Pfg. Ueberstunden pro Stunde 10 Pfg. mehr. Nacharbeit von 10 Uhr Abends ab 50 pCt. Zuschlag. Sämtliches Schleif- und Poliermaterial ist vom Unternehmer zu liefern. Bei Arbeiten außerhalb der Werkstätte ist das Jahrgeld vom Unternehmer zu tragen. — Nachdem sich noch 20 Mann der Organisation angeschlossen und einige nebensächliche Angelegenheiten besprochen, wurde die Versammlung geschlossen.

**Brandenburg.** Wir geben hier bekannt, daß der frühere Vertrauensmann Wolff sein Amt niedergelegt hat. Kollege Carl Rischow ist an dessen Stelle als Vertrauensmann gewählt. Alle Sendungen sind an Carl Rischow Steinmetz, Brandenburg, Steinstraße Nr. 58 zu senden.

— Colleague Hermann Albin aus Frankfurt a. D. ist von hier abgereist, ohne sein Buch in Ordnung gebracht zu haben. Ist auch anderweitigen Verpflichtungen nicht nachgekommen.

**Bromberg.** Ueber die dortigen Zustände, werden wir erlucht, folgendes bekannt zu geben. In dem Geschäft des Herrn Albrecht wird gezahlt für ein qum Schleifstein Granit schleifrecht 5 Mk. Ein Colleague, der schon viele Jahre daselbst beschäftigt, erhält 50 Pfg. mehr; für ein qum Schleifstein Sandstein 1,50 Mk. Des Sonnabends ist es jedoch immer noch dem Polier überlassen, davon zu kürzen, resp. nach Belieben auszulassen. Für Hauen von Granit-schrift giebt es für einen Buchstaben 7 Pfg., für den Namenanfangsbuchstaben 11 Pfg., aber nicht für andere Anfangsbuchstaben. Ein Colleague, welcher sich erlaubte ein halbes Jahr in die Fremde zu gehen, mußte zur Strafe 6 Wochen, die Woche für 9 Mark arbeiten, bei 11-stündiger Arbeitszeit. Fremde werden nicht eingestellt und die dort ausgelerten erhalten einen Stundenlohn von 22 Pfg. Für den qum 0,20x0,20 ringsum ein Schlag mit lauberer Fläche, Bohrloch von 0,10 m tief und 0,03 m Durchmesser wird pro Stück 35 Pfg. gezahlt. Das Spalten gehört mit dazu. Für einen profilirten Kreuzfuß aus Marmor 0,20 hoch 0,14x0,15 m giebt es 2 Mark. Dieses sind doch gewiß rofige Löhne für einen Steinmetz, welcher 3-4 Jahre gelernt hat am Ende des 19. Jahrhunderts.

**Halle a. S.** In einer öffentlichen Versammlung, welche am 28. August im Handelpark tagte, erstattete der Vertrauensmann Bericht über den Berliner sowie Bunzlauer Streik. Es wird auch das Verhalten einzelner Kollegen, welche nach Berlin gereist und dort gearbeitet, kritisiert. Ebenso ein Brief aus Dessau, in welchem sich die Dessauer betreffs ihres Vertrauensmannes rechtfertigen wollen. Nun wir meinen, wenn die dort am Rathhaus arbeitenden Kollegen für den Anhaltischen Hofsteinmetzmeister Melchert ausklinken und Rinnschlitze schlagen, so geschieht das mindestens für Rechnung der Firma Zeidler. Und ihr Herren Dessauer, was sind denn das für 14 Mann, welche am Rathhaus Rohmaterial verarbeiten? Sind das Dessauer oder Fremde? Ferner wurde eine Karte vom Bildhauer und Steinmetzmeister Fritz Nidel aus Dels i. Schl. vorgelesen, welche lautet: „An die Herren Steinmetzen der Firmen von Halle. Dels, 26. 8. 99. Sollten sich dort einige Steinmetzen befinden, welche Lust haben hier zu arbeiten, stelle ich diese sofort ein. Winterarbeit, Breslauer Tarif, Bunzlauer Stein, Stundenlohn 40-55 Pfg. Achtungsvoll Fritz Nidel.“ Mit welchen Machinationen die Unternehmer arbeiten, geht aus dieser Karte hervor. Doch wird der frühere Colleague Nidel, der jetzt dem Großunternehmer Handlangerdienste erweist, wohl nicht gerade viel Glück haben. Dann wird bekannt gemacht, daß wir die Geschäfte Wendenburg und Söllinger gesperrt haben, da die Lohn-drückerei in diesen Geschäften systematisch betrieben wird. Auch machen wir auf einen Kollegen Kreischmar aufmerksam, welcher jetzt in Nebra a. M. arbeitet. Derselbe ist seinen Verpflichtungen nicht nachgekommen und hat sein Buch noch in Leipzig liegen.

**Hamm.** Die Steinarbeiter von Hamm hielten am 2. September eine Besprechung behufs Gründung einer Zählstelle ab. — Zum Vertrauensmann wurde Bernhard Gierich, Brüderstr. 37, gewählt, zum Kassirer Friedrich Polk. — Alle Zuschriften sind an Bernhard Gierich, Brüderstr. 37, zu richten.

**Heppenheim a. d. Bergstr.** Am 27. August fand in Heppenheim eine öffentliche Steinarbeiter-Versammlung statt. Referent Hunger-Frankfurt a. M. erklärte, wie die Kollegen organisiert sein müssen, um in eine Lohnbewegung einzutreten. Er zeigte an Beispielen, wie sich die Unternehmer überall geschlossen den Arbeitern bei einer Forderung gegenüberstellen, und schloß mit einem Hinweis auf die Zucht-hausvorlage und die deutsche Steinarbeiterbewegung. — Für die Lohnkommission berichtete F. Bub, daß bei der letzten Einladung der Meister nur 2 von den 9 geladenen erschienen waren. Dies zeigt, welches Interesse die Herren Unternehmer für ihre Arbeiter haben. Also Kollegen, Ihr seht, wie Ihr geachtet seid. Ist es nicht unbedingt nothwendig, daß Ihr Euch besser organisiert? Dann erst können bessere Zustände eintreten. — In der folgenden Debatte wurde bedauert, daß von den Herren so wenig erschienen sind, und wurde einstimmig beschlossen, daß die Lohnkommission bestehen bleibt und die Meister noch einmal schriftlich eingeladen werden, um mit der Lohnkommission zu unterhandeln. — In der Versammlung am 13. September spricht Kollege Mitschke-Berlin in Heppenheim und bittet der Vertrauensmann, hierzu recht zahlreich zu erscheinen.

**Metten.** Die am 23. August Abends stattgefundene Steinarbeiter-Versammlung war sehr gut besucht. — Die Abrechnung vom 1. Quartal wurde verlesen und von den Revisoren für richtig befunden. — Hierauf referirte unser Geschäftsleiter, Kollege Mitschke, über den wirtschaftlichen Kampf der Arbeiter, das Schwindelsystem der Unternehmer und die Zucht-haus-Vorlage. — Er gab Aufklärung bezüglich des Kranken-, Invaliden- und Unfallgesetzes, legte dann den Nutzen der Organisation klar, und forderte die anwesenden Kollegen auf, auch ferner fest und beharrlich zur Organisation zu halten und die uns noch fernstehenden zu derselben heranzuziehen. — In Verschiedenem wurde die Laueheit der Kollegen stark bekräftigt und diese aufgefordert, die Beiträge und Abonnementgelder pünktlicher zu entrichten. — Als 2. Vertrauensmann wurde Kollege Kufner gewählt.

**München.** Am 27. August d. Js. fand hier eine sehr zahlreich besuchte Steinarbeiter-Versammlung statt, in welcher Geschäftsleiter Kollege Paul Mitschke-Berlin über den Zuberulosenkongress und die Praktiken der Unternehmer referirte. Er schilderte in klarer Weise die Berathungen und Ergebnisse genannten Kongresses für die Arbeiter und betonte ganz besonders, wie Dr. Rubener-Berlin öffentlich erklärte: „Gebt dem Arbeiter das freie Koalitionsrecht, bessern Lohn und bessere Arbeitsbedingungen, und wir werden die Krisis so ziemlich überhanden haben.“ Da wir aber wissen, fuhr Redner fort, daß unsere Arbeitgeber nicht bereit sind, diese Worte zu beherzigen, so soll es unsere heiligste Pflicht sein, uns aufzuraffen, uns zu einigen, Mann für Mann der Steinarbeiter-Organisation beizutreten und so gerüstet dem Kapital entgegenzutreten. Kollege Mitschke schilderte in scharfen Worten die traurigen Lohnverhältnisse der Steinarbeiter, welche noch weit hinter denen der Maurer stehen und wies ebenso hin auf die Unbeständigkeit unserer Organisationsverhältnisse, welche mit einem Bienehaus zu vergleichen sind. Des weiteren erstattete er Bericht über den Ausstand der Berliner und Bunzlauer Kollegen, der

sich bereits auch nach Breslau und Pirna erstreckt hat und kündigt an, daß es nicht unmöglich ist, daß wir vor einem Generalfreistehen. Die Versammlung hat daraus ersehen, daß es höchst notwendig ist, während der Dauer des Streiks eine Extrasteuer zu zahlen in der Höhe von wöchentlich 1 Mk. und in diesem Sinne auch einstimmig Beschluß gefaßt. Es ist Pflicht eines jeden organisierten Kollegen, diesem Beschluß gemäß zu handeln. Nach stürmischen Beifall für die trefflichen Ausführungen unseres Referenten wurde von einer Diskussion abgesehen und die Versammlung nach einem Schlußwort des Kollegen Mitschke geschlossen.

## Einiges aus der Oberpfalz und dem Bayerischen Wald.

Wenn die finanziellen Vortheile durch lange Arbeitszeit im Fichtelgebirge gering und minimal sind, so steht aber das Verhältnis über Beschaffenheit der Werkplätze und Arbeitsbuden in sanitärer und hygienischer Hinsicht dort noch auf dem tiefsten Niveau. Einige Arbeitgeber, die dem Menschsein noch nicht entfremdet sind, sind ja bemüht diese Mißstände zu beseitigen, aber zu ohnmächtig, auf Grund der Finanzen und theilweise mit einem gewissen Haß gegen geordnete und gesunde Verhältnisse, zeigen die Unternehmer die größte Gleichgültigkeit gegen die Revisionen durch die Gewerbeinspektion. Da leider die Letzteren einestheils gegenüber den Unternehmern zu nachsichtig, und anderentheils zu schwach sind, eine strenge Bestrafung wegen Uebertretung der §§ der Gewerbeordnung zu erwirken, sondern es wird stets eine Bestrafung in den bescheidensten Grenzen gehalten.

Die Unternehmer rechnen wie folgt, lasse ich den Werkplatz oder die Arbeitsbude täglich oder wöchentlich vom Schutt befreien, so würde die Ausgabe hierfür eine bedeutend höhere sein als die geringe Geldstrafe, die er innerhalb 2 Jahren oder 1 Jahre zu zahlen habe. Der Unternehmer Kammerer in Tröstau hat auf ein schriftliches Ersuchen, die Bude von dem durchweg 60 cm hohen, ja fast lebensgefährlichen Schutte zu befreien damit geantwortet, indem er die Leute zwang sofort die Bude zu räumen. Er wollte dadurch den Leuten einen Schabernack machen, indem er sie der Sonnenhitze preis giebt. Nun die Leute werden diese Prognostizität des Unternehmers nicht so schwer empfinden, als wie dieser selbst. Jetzt kann man eine große Arbeitsbude sehen, welche mit Schutt angefüllt ist und von Niemand benützt werden darf. Schade um das Geld, was die Bude zum Auflichten kostet. Die Verhältnisse der Oberpfalz, namentlich in den Steinbrüchen am Flossenbürg und „Werkplätzen“ am Bahnhof spotten jeder Beschreibung noch dazu die Löhne derartig bemessen sind, daß dieselben nicht ausreichen zum Leben. Ein Unternehmer (wohl der Bekannteste) hat sogar ein Spezerei-Geschäft, Brot- und Fleisch-Handlung und giebt dadurch Gelegenheit die Wacren (welche ja immer „prima“ und recht gut sind), recht „billig“ an seine Arbeiter abzugeben. Auch kreditiert er sehr gerne seinen Arbeitern, natürlich aus reiner Menschen- und Nächstenliebe. Denn es ist ja zu bedauern, daß der Mann so wenig verdient. Wie steht es hier mit der Freiheit des Arbeiters. Die alten Schulden für Lebensmittel werden dann auch am Zahltag abgezogen. Nun reichen die Löhne zu anderen Ausgaben nicht aus und so werden sofort neue Schulden, die auch bereitwillig gebucht werden, gemacht, denn man kann doch nicht dulden, daß seine Arbeiter Hunger leiden.

Eine strenge, unverhoffte eingehende und unnachlässige Kontrolle seitens der Gewerbeinspektion und Ortspolizei wäre im Interesse der Steinarbeiter und der Industrie des Ortes am Platze.

Am besten sollen ja die sanitären und hygienischen Verhältnisse in den Granitbetrieben Blaubeurgs sein, nur müßten die Lagerplätze des Rohmaterials nicht im Arbeiterschuppen sein. Die Arbeitszeit beträgt 11 Stunden. Eine Arbeitsordnung, welche im Schriftsatz  $\frac{1}{2}$  qm in Anspruch nimmt und die Pflichten als die Rechte der Arbeiter umfaßt, prangt fast an jedem Arbeiterschuppen.

Es wird geklagt, daß die Leute die festgesetzte Arbeitszeit nicht inne halten, wenn sie sozusagen „blau“ machen. Wer aber giebt Anlaß hierzu? Die Pfastersteinschläger müssen sehr oft am Tage 2—3 und 4 Stunden warten, bis sie Material zur Bearbeitung erhalten, dadurch werden die Leute geradezu in die Kantine hineingetrieben, wo von jedem vertrunkenen Liter Bier, wie man sagt, 3 Pfennige als Nachtgeld an die Firma wieder zurückkommen.

Von dem Recht des Arbeiters in der Gewerbeordnung, § 120d, sowie 124, Abs. 4, scheint man wenig zu kennen.

Sind die Löhne im Fichtelgebirge niedrig und schlecht, so sind sie im bayerischen Wald noch schlechter. Für einen Meter Treppenstufen scheint man sich nicht, 1,50, ja sogar 1 Mk. Arbeitslohn anzubieten, wobei das Geschirr vom Arbeiter selbst gestellt bzw. entschädigt werden muß, was dann bei den Granitarbeitern an den Zahltagen sehr ansehnliche Beträge sind. Hier ist so

recht das Feld für die Unternehmer, billige Arbeitskräfte zu bekommen. Die Geislichkeit sucht, unterstützt von Unternehmern bezw. deren Stellvertretern, mit allen möglichen und unmöglichen Mitteln, die billige Arbeitskraft zu erhalten und arbeitet dem zu Folge mit allem Hochdruck gegen unsere Organisation. Durch rasches und taktisches Eingreifen einzelner Mettener Kollegen sind die Gefahren der Maßregelungen beseitigt.

Die Unternehmer suchen aber den Leuten durch den christlichen Verein eine „bessere“ Lebenslage zu geben.

Wie weit die Leute aber dieses auffassen, beweist der starke Besuch der von Kollegen M. abgehaltenen Versammlung. Die Kollegen der Orte Flob, Blaubeurg, Ruhmannsfelden, Metten und Ebenfetten zeigten ja, daß sie allen Ernst daran setzten, die Organisation als Bollwerk auszubauen. Mögen sie den Eifer immer behalten und durch zähe Ausdauer in der Agitation für die Befreiung der Arbeit nicht erlahmen.

## Von den Steinarbeitern Oesterreichs.

Die von der Centrale der Steinarbeiter in's Leben gerufene Arbeitsvermittlung, über deren Wirksamkeit auch dem Kongresse Bericht erstattet wurde, bewährt sich bisher nur wenig, und wird auch nicht so ausgenützt, um als Kampfmittel der Organisation gelten zu können. Die Arbeitsvermittlung hat nur dann einen Werth, wenn wir die Unternehmer zwingen können, sich derselben zu bedienen. Wir kennen Fälle, wo Arbeiter nothwendig gebraucht wurden, die Unternehmer aber keine einstellten, weil sie keine Organisierten wollten.

Die Idee, die Arbeitsvermittlung einzuführen, war eine gute, doch muß sie durchführbar sein, und wird sich nur dann praktisch bewähren, wenn die Organisation die Macht erlangt, ihren Mitgliedern Arbeit anzuweisen, unbekümmert darum, ob sie den Unternehmern genehm sind oder nicht. Solange aber die Arbeiterschaft gezwungenerweise von Werkplatz zu Werkplatz läuft, die Arbeitskraft selber anbietet, werden die Unternehmer unsere Arbeitsvermittlung nur benützen, wenn sie beim Fang von Lohnbrüchern und Streikbrechern gehörig abgeblijt sind.

Die Arbeitsvermittlung ist ein Machtfaktor jeder Organisation, und wir sehen, daß dieselbe bei festgegliederten Organisationen nicht nur das bindende Mittel ist, sondern auch das Unternehmertum zwingt, den ebenbürtigen Contractanten anzuerkennen. Jede Neuerung muß sich durch ihren inneren Werth Bahn brechen. Auch bei anderen Organisationen war die Arbeitsvermittlung nicht sofort etwas Wollendetes, aber wenn wir derselben Verständnis entgegenbringen, dann können wir versichert sein, daß sie sich auch bei uns bewährt. Wir finden ja, daß sich die Kongreßtheilnehmer alle für den Ausbau der Arbeitsvermittlung ausgesprochen haben, nur an der richtigen Verbindung fehlt es; das sind eben die Vertrauensmänner, welche die Verpflichtung haben, die Instruktion für die Arbeitsvermittlung auf's strengste durchzuführen:

1. In seinem Betriebe zu erfahren suchen, ob Arbeiter benötigt werden;
2. wenn Arbeiter entlassen werden, ist der Grund der Entlassung anzugeben;
3. wenn ein Arbeiter selbst seine Entlassung begehrt, dieses anzuzeigen;
4. zu welcher Arbeit Leute benötigt werden und welche: Steinmetze oder Schleifer für Granit, Marmor, Sandstein, Platten, und: wo in Wien oder Provinz, im Steinbruch, für Brücken, Eisenbahnarbeiten, Grabsteinarbeiten.

Die Vertrauensmänner sollen das Hauptgewicht auf eine rasche Verständigung legen, das Postporto wird von der Centrale vergütet.

Unerläßlich für jede Organisation ist der Nachweis, wie die Mitglieder im Lohn stehen, ob ein Sinken oder Bessern desselben zu verzeichnen ist, wie viele Arbeitslose, Kranke, Ab- und Zureisende im Jahre gezählt wurden, wie viele Unglücksfälle und welcher Art sich ereignet haben, wie viele Sterbefälle vorkamen, kurz eine Statistik.

Die Ziffern sprechen wohl eine trodene Sprache, aber der beste Referent, der beste Agitator kann ihrer nicht entbehren; nur auf Grund dieser Ziffern gewinnt eine Organisation genauen Ueberblick über ihren Stand, ihren Fortschritt und wird in die Lage kommen, bei vernünftiger Verwerthung des Materiales den Anforderungen, welche an sie gestellt werden, nachkommen zu können.

So wurde auch am Kongresse beschlossen, Statistikarten anfertigen zu lassen und an sämtliche Vertrauensleute zu versenden mit dem Bemerkten, daß diese Karten genau auszufüllen und alljährlich 6 Wochen vor Jahres-schluß an die Centrale einzusenden sind. Es werden daher die Ortsgruppen-Leitungen aufgefordert, die Adressen der Vertrauensmänner bekannt zu geben, damit ihnen die Karten zugestellt und zu Ende des Jahres wieder von ihnen eingefordert werden können, denn die Centrale will auch die aufgestellten Vertrauensmänner kennen lernen.

Der Centrale wurde zu wiederholten Malen der Vorwurf gemacht, daß bei Rechtsfällen den Ortsgruppen nicht genügend Schutz gewährt wird. Selbstverständlich wurden nicht alle zur Anzeige gebrachten Fälle durchgeführt, da mehrere darunter so fragwürdiger Natur waren, daß sie schon von vornherein als verloren betrachtet werden mußten. Es läßt sich schwer entscheiden, ob sich ein Fall wirklich so zugetragen, wie er bekanntgegeben wird. Nicht selten kommt es vor, daß derjenige, der den Rechtsfall zur Austragung bringen will, übertreibt, und die Sachlage sich nachträglich ganz anders verhält. Damit ist nichts gemacht, wenn bloß der Zweck verfolgt wird, eine gerichtliche Anzeige zu machen, der Fall muß wohl begründet sein. Speziell in der Provinz muß das Unrecht des Unternehmers so klar erwiesen sein, daß seine Verurteilung erfolgen muß, da wir sonst nur materiell geschädigt und den Unternehmern zum Gespötte werden. Die Ortsgruppen haben daher dafür Sorge zu tragen, daß alle Streitfälle, welche sich aus dem Arbeitsverhältnisse, ergeben, genau geprüft werden, ob Aussicht vorhanden ist, diese erfolgreich durchzuführen, und diese sind dann erst einem Vertreter zur Austragung zu überweisen; dann wird ihnen die Centrale vollkommen Rechnung tragen und auch für die Kosten aufkommen.

Die allgemeine Unzufriedenheit der Arbeiterschaft mit ihrer wirtschaftlichen Lage, das prozig herausfordernde Benehmen, die ins Maßlose gesteigerte Profitwuth des Unternehmertums zwingt die Arbeiter sich zu wehren, und es ist nur zu begreiflich, daß selbst sonst kühle, den Verhältnissen Rechnung tragende Genossen im Momente der Empörung arge Fehler begehen, welche mit dem Streikreglement der Organisation im Widerspruch stehen, daher zur Folge haben, daß derartige planlos inscenirte Streiks vorkommen, welche zum Großtheil zu Ungunsten der Arbeiter enden.

Abgesehen von der materiellen Schädigung der an einem Streik beteiligten Arbeiter, ist ein verlorener Streik immer als Schwächung der Organisation zu betrachten. Erstens geht die Widerstandskraft verloren und zweitens wird der Unternehmer brutaler wie zuvor gegen die Arbeiter auftreten. Bei Angriffstreiks muß unter allen Umständen erwogen werden, ob die Möglichkeit vorliegt mit der gestellten Forderung durchzubringen. Schon durch die Organisation des Streiks läßt sich so ziemlich das Endergebnis voraussehen. Darum war der Beschluß des Kongresses, daß derartige Streiks mindestens 14 Tage vor Ausbruch der Centrale angezeigt werden müssen, welche sich die Bewilligung vorbehält, gerechtfertigt. Angriffstreiks werden daher erst in der zweiten Woche unterstützt.

Da aber die Ausnützung der Arbeiterschaft zum praktischem Wissen der Unternehmer gehört, welche noch immer finden, daß es den Arbeitern viel zu gut gehe, diese immer noch viel zu viel Zeit zum Faulenzen haben, oder gar die ohnehin karg zugemessene Erholungszeit mißbrauchen, um in den Organisationen herumzulungern, statt zu schnapsen oder zu beten, ist es nicht zu verwundern, wenn stets Attentate auf unsere Taschen und gesunde Vernunft gemacht werden, deren wir uns erwehren müssen. Da also die Einstellung der Arbeit oft unvermeidlich ist, beschloß der Kongreß, Abwehrstreiks gleich in der ersten Woche zu unterstützen.

Deshalb betonten mehrere Kongreßtheilnehmer die Nothwendigkeit der Einführung eines Dispositionsfonds, und es wird nun Zeit sein, sich dessen zu erinnern, damit im gegebenen Moment ausreichende Hilfe vorhanden ist.

## Wie man unliebsame Arbeiter am schnellsten aus dem deutschen Reiche entfernt.

Es dürfte den Kollegen nicht unbekannt sein, daß in den Granitgebieten Königshain, Arnsdorf, Seifersdorf und Umgebung in letzter Zeit eine rege Agitation entfaltet wurde, und viele Kollegen sind für die Organisation gewonnen. Jedoch das Auge des Gesetzes ließ dieses nicht ungerügt. An den hiesigen einheimischen Kollegen konnte man keine Gefeswidrigkeiten resp. Uebertretungen finden, um aber nun doch ein Bravourstück zu leisten und ein Opfer zu finden, mußte ein Oesterreicher, der Kollege Joseph Lehmann, welcher für die Arbeiter Sache thätig war und in unserem Interesse agitirte, herhalten. Die Behörde versuchte alles, um eine derartige sozialdemokratische Bewegung, wie es von dieser Seite aufgefaßt wird, zu vernichten, und Kollege Lehmann war der dortigen Behörde ein Dorn im Auge. Man versuchte, ihn aus der Wohnung und Arbeit zu bringen, und als dieses nicht gelang, griff man zum letzten Mittel, am 24. August erfolgte sein Ausweisungsbefehl, lautend daß er innerhalb 14 Tagen Deutsches Gebiet zu verlassen habe. Grund warum, ist nicht angegeben, nur die Reise-Tour. Ausgehändig

wurde ihm die Ausweisung durch den dortigen Gutsbesitzer und Amtsvorsteher Grafen Noon.

Ob die dortige Behörde nun glaubt mit derartigen Schreckschüssen die Agitation unter den Steinarbeitern lahm zu legen, wird die Zukunft lehren, und als Antwort hierauf werden sich die Steinarbeiter in dieser Gegend alle der Organisation anschließen, und den dümmsten und Indifferentesten werden durch ein derartiges Vorgehen die Augen geöffnet werden, darum hinein in die Organisation ihr Steinarbeiter von Königshain, Arnsdorf, Seifersdorf und Umgegend.

## Rundschau.

**Fette Dividende** zu verteilen schlägt die Verwaltung der Hensburger Schiffbau-Gesellschaft den Aktionären vor. Sie will nämlich 18 pCt. gegen 13 im Vorjahre zur Verteilung gelangen lassen. Bekanntlich wurde vor zwei Jahren den Werftarbeitern nach langem Kampfe ein Pfennig Lohn pro Stunde zugelegt mit der Motivierung, daß die Schiffbauindustrie außer Stande wäre, höhere Löhne zahlen zu können. Damals wurden 9 pCt. Dividende gezahlt, heute soll das Doppelte zur Verteilung kommen!

Die Herren verstehen sich ganz vorzüglich auf die Theilerei der Erträgnisse fremder Arbeitskraft. Möchten die Arbeiter das doch bald einsehen und gemeinsam Abwehrmaßnahmen treffen, durch die den Aktionären, diesen menschlichen Hyänen, das Kuppen der Arbeiter verleidet würde.

**Wegen Vergehens gegen die anerkannten Regeln der Baukunst** wurde vom Landgericht II Berlin der Maurermeister Friedrich Matting zu 50 Mk. Geldstrafe verurteilt. Der Angeklagte hatte im vergangenen Jahre in Pankow einen Schuppen aufzurichten, der 17 Meter lang und an der niedrigen Hinterwand drei Meter hoch war. Obwohl die Mauer desselben nur einen halben Stein stark war, brachte er weder Anker noch Absteifungen an und setzte das Dach auf. Am 4. Oktober begab er sich auch noch mit zwei Gefellen auf das Dach und ließ Kalk und Steine hinaufbringen, so daß das Dach mit 15 bis 16 Zentnern belastet war. Die Wände fielen in sich zusammen und das Dach und die darauf Befindlichen rutschten herunter. Letztere kamen mit dem Schreck davon, verletzt wurde glücklicherweise Niemand. Der Sachverständige, Baurath Bohl, bezeichnete das Verschulden des Angeklagten als einen überaus groben Verstoß gegen die anerkannten Regeln der Baukunst. Der Staatsanwalt beantragte 300 Mark Geldstrafe.

**Schutz dem gewerblichen Arbeitsverhältnis!** Allerdings einen anderen Schutz als die Zuchtshausvorlage ihn will. Die soeben erschienenen Jahresberichte der preussischen Fabrikinspektoren liefern wieder einen klassischen Beweis dafür, wie die Unternehmer die zum Schutze der Arbeiter bestehenden Gesetzesvorschriften mißachten und wie wenig Nachtheile das für sie im Gefolge hat.

Die Beamten theilen mit, daß sie in den revidirten Betrieben — die nur einen Bruchtheil der vorhandenen ausmachen — 12 207 Verletzungen der zum Schutze der weiblichen und jugendlichen Arbeiter erlassenen Vorschriften ermittelt haben.

Wegen dieser 12 207 Gesetzesverletzungen wurden 890 Unternehmer, das sind etwa 7 1/2 pCt., bestraft. Selbst wenn man die 4832 Uebertretungen der Vorschriften über Aushänge und Anzeigen gänzlich außer Acht lassen wollte, so blieben noch immer 7375 Vergehen gegen das Gesetz, und die Bestrafungen erreichen dann immer erst etwas über 12 pCt.

Daß dieser Zustand die Unternehmer nicht von ihren Gesetzesverletzungen abschrecken kann, leuchtet ein.

**Zuchtshauswärmer.** Die nordwestdeutsche Gruppe des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller trat nach einem Referat des Abgeordneten Dr. Beumer einstimmig dem Beschluß des wirtschaftlichen Vereins bei, der, wie aus dem Versammlungsbericht hervorgeht, „aus der praktischen Erfahrung seiner Mitglieder heraus, angeichts des in bedauerlicher Weise zunehmenden Terrorismus der agitatorischen Elemente, welche die Koalitionsfreiheit der Arbeiter in einen Koalitionszwang umwandeln, die Arbeitsgelegenheit verkümmern und das Rationalvermögen auf's Schwerste schädigen, strenge Bestimmungen behufs des Schutzes der Arbeitswilligen für durchaus nothwendig erklärt. Auch die nordwestliche Gruppe hat deshalb das Vorgehen der verbündeten Regierungen mit besonderer Befriedigung begrüßt und giebt der zuverlässigen Hoffnung Ausdruck, daß sich nach erneuter Prüfung der einschlägigen Verhältnisse in der Herbsttagung des Reichstages eine Mehrheit zur Erreichung des genannten Zweckes finden werde.“

## Quittung

über die vom 20. August bis 2. September 1899 bei der Geschäftsleitung eingelaufenen Gelder.

Bischheim — 40; Wunsiedel, Streifst. 9,—; Calbe a. S., Streifst., gefammelt von organisirten Steinmehren 6,80; Erfurt, Streifst. 100,—; Hamburg II, Beiträge 100,—, Streifst. 34,—; Nebra 100,—; Zwickau, Beitr. 80,—, Streifst. 20,—; Leipzig I, 150,— Beitr., 100,— Streifst.; Halberstadt 22,— Beitr., 11,50 Streifst.; Budapest 85,03 Streifst.; Mannheim 23,— Streifst.; Coblenz 20,50 Streifst.; Fachsenbach 16,11 Beitr., 6,65 Streifst.; Berlin II 40,80 Streifst.; Bruchmühl 13,— Streifst.; Weizen 11,95 Streifst.; Gelsenkirchen 1,— Streifst.; Striegau 200,— Beitr., 100,— Streifst., 50,— ausgesperrte Dänen; Oppach 320,—; Hildesheim 50,— Streifst.; Riesa 50,— Streifst.; Hamburg I 43,25 Streifst.; Droyßig 20,— Beitr., 19,20 Streifst.; Freiburg 30,— Streifst.; Zwingenberg 20,— Beitr., 3,70 Streifst.; Stuttgart 100,—; Weklar 42,40 Beitr., —,60 Debel; Aue 40,95; München 25,— Beitr., 29,80 Streifst.; Unterföhring 43,— Streifst.; Jever 3,— Streifst.; Weuthen D./Schl. 11,55 Streifst.; Arnsdorf 11,90 Streifst.; Schwarzenberg i. Sachl. 20,— Beitr.; 3,— Streifst.; Teplitz-Turn 51,— Streifst.; Crimmitschau 10,— Streifst.; Dölsdorf 20,— Beitr., 15,— Streifst.; Dresden 300,— Streifst., 200,— ausgesperrte Dänen; Böbau 160,50; Heilbronn 10,— Beitr., 16,80 Streifst.; Resl. Obst, Schöneberg 12,45 Streifst.; Graudenz, 2 Steinarbeiter 4,— Streifst.; Hemsbach 40,—; Pöbneck 20,—; Coblenz 20,30 Streifst.; Elberfeld 40,—; Prag, Redakt. „Arvebund“ 7,65 Streifst.; Wernitz 5,70 Streifst.; Bromberg, 2 Steinarbeiter 1,— Streifst.; Leipzig 250,— Beitr., 100,— Streifst.; Ziegelanger 4,60 Streifst.; Auerbach 22,20 Streifst.; Naun 8,— Streifst.; Heppenheim 79,10; Blankenburg 35,—; Kiel 23,— Streifst.; Greiz 5,— Streifst.; Coburg 40,— Beitr., 14,13 Streifst.; Zabrze, Bildhauer und Steinmehren am Kirchenbau 13,50 Streifst.; Fachsenheim 13,40; München 25,— Beitr., 25,— Streifst.; Dönsabrück 24,— Streifst.; Hameln 3,10 Streifst.; Straßburg 150,— Streifst.; Hamburg, Verband d. Bau- u. gewerbli. Hilfsarbeiter 200,— Streifst.; Görlitz 14,60 Streifst.; Halle a. S. 30,— Streifst.; Frankfurt a. M. 100,—; Wolgast 5,— Streifst.; Horn 20,— Beitrag, 8,— Streifst.; Berlin II 48,45 Streifst.; Burgstadt 50,—; Crefeld 12,80; Hamburg, Handelshilfsarbeiter Deutschlands 24,50 Streifst.; Hamburg, Zentralverband der Maurer 1000,— Streifst.; Berlin, Verband der Feinmechaniker 500,— Streifst.; Moritzberg, Verband der Formstecher 50,— Streifst.; Dresden 300,— Streifst.; Kottbus 6,— Streifst.; Segau 29,70 Streifst.; Hildesheim 42,— Beitrag, 33,— Streifst.; Burgpreppach 60,80 Beitrag, 19,75 Streifst.; Nebra 30,— Streifst.; Lörrach 16,40 Streifst.; Hamburg I 34,40 Streifst.; Plauen 100,— Beitrag, 40,— Streifst.; Osterwald 50,— Streifst.; Schwarzenbach 50,— für die ausgesperrten Dänen, 58,15 Streifst.; Hildesheim 13,50 Streifst.; Reistenhausen 9,— Streifst.; Wiesbaden 24,— Streifst.; Pirna 300,— Beitrag, 100,— Streifst.; Alvensleben 83,—; Militzsch 2 Kollegen 5,— Streifst.; Carlshafen 7,20; Tüßeldorf 25,— Beitrag, 11,80 Streifst.; Berlin, Zentralverein der Bildhauer Deutschlands 300,— Streifst.; Pirna-Neundorf 200,— Mk. Beitrag.

Marken sandten zurück: Blankenburg a. S. (Werth derselben 52,50; Nürnberg 47,40; Fachsenheim 6,60; Crefeld 9,20 Mark.

Die Geschäftsleitung der Steinarbeiter Deutschlands.  
Z. B.: Carl Hirtmann.

## Quittung

über die bei der Expedition des „Steinarbeiter“ vom 20. August bis 2. September 1899 eingelaufenen Gelder.

Halberstadt 15,—; Veflioden (Norwegen) 4,—; Berlin Heidemann 1,80; Bremen, Mondorf 1,35; Gelsenkirchen, Linde 1,—; Hildesheim infl. Injerat 35,20; Zwingenberg 4,40; St. Gallen 12,30; Mühlhausen i. Th. 8,40; Osterholz 10,80; Wunsiedel, Injerat 1,80; Turn, Teplitz, Wirtner 1,85; für Auhig, Böhmen 4,60; Aue 0,60; Wandersleben 4,—; Klein Wenden 1,20; Bromberg, Foede 0,90; Coburg 7,80; Buschollersdorf 1,02; Halle 14,—; Wolgast 5,40; Pilgerzell 1,10; Böbau 28,—; Leopoldsthal 0,80; Berlin, Heidemann 0,20; Burgpreppach 17,40; Bernack 8,40; Crefeld 7,20; Wien, Verband der Steinarbeiter Oesterreichs 23,79; Neundorf-Pirna 32,40; Leipzig, Kreiling 0,60 Mark.

Die Expedition des „Steinarbeiter“.  
Z. B.: Carl Hirtmann.

## „Geschichte der Organisation der Steinarbeiter Deutschlands“

von Gustav Kestler,

herausgegeben im Auftrage des 8. Kongresses der Steinarbeiter Deutschlands

von der Geschäftsleitung

Verleger Paul Mitsche,

Rixdorf-Berlin, Steinmehstraße 14.

Es enthält das Straßburger „Brüderbuch“, die Statuten der alten Bauhütten und die Junftgebräuche der Steinmehrgesellen vom 17. Jahrhundert bis auf die neueste Zeit.

Der hochinteressante Inhalt hat nicht nur für die Gesellen und Arbeiter, sondern auch für die Meister, besonders für die Innungsmeister der Steingewerbe, sowie auch für andere Bauhandwerker große Bedeutung.

Gebundene Exemplare werden pro Stück mit 1,20 Mk., broschürt 1,00 Mk. abgegeben.

Wiederverkäufer erhalten die üblichen Vortheile.

Der Herausgeber

Paul Mitsche,

Rixdorf-Berlin, Steinmehstraße 14.

## Mittweida.

Samstag, 10. September, Mittags 2 1/2 Uhr,

## öffentliche Steinarbeiter-Versammlung

im Saale des Restaurants „Sängerhalle“.

Tages-Ordnung:

1. Besprechung über Organisation und deren Bedeutung.
2. Gewerkschaftliches.
3. Aufnahme neuer Kollegen zur Organisation.
4. Verschiedenes.

Nach jedem Punkt Debatte. — Zahlreichen Besuch erwartet

Der Vertrauensmann.

## DANK.

Den organisirten Kollegen von Ködnitz und Umgegend meinen aufrichtigsten Dank für die Unterstützung während meiner Krankheit.

Ködnitz, den 3. September 1899.

Herrmann Schneider, Steinhauer.

## Achtung Vertrauensleute!

Allen Vertrauensleuten und Kollegen zur Kenntniß, daß der Steinmeh **Crust Schmieder** aus **Eppendorf** (Sachsen) seinen Verpflichtungen nachgekommen ist. Betreffender Kollege ist auf dem Anhang des Adressenverzeichnisses zu streichen.

Karl Stephan, Vertrauensmann.

**Halberstadt.** Alle Organisations sind von jetzt ab an den neugewählten Vertrauensmann Carl Berl, Halberstadt, Bleichstraße 4d zu senden.

Der Steinmeh **Johann Schwenk** von **Wittendorf**, Oberamt Freudentadt, Württemberg, ist seinen Pflichten nicht nachgekommen, was ich hiermit bekannt gebe. Der Vertrauensmann **Weigel** in **Segau**.

Suche für meine Granitschleiferei einen tüchtigen

## Handschleifer

als Vorarbeiter.

Offerten mit Angabe der bisherigen Thätigkeit und Lohnansprüchen sind zu richten an

A. Conradus, Granitwerk,  
Eisenach.

Ich versende

## 12 Stück Steinmehknüpfel

aus **prima Weißbuche** für **10 Mk.** fortirt von 15—19 cm Durchm., fortirt von 16—21 cm Durchm. von **12 Mk.**, alle andern Stärken laut Verzeichniß. Nur hochfeine Waare. Größtes Geschäft in der Branche. Nur Nachnahme. Versand nicht unter 12 Stück.

Walter Lauterwald,  
Eisleben.

Im Verlage der „Sächsischen Arbeiter-Zeitung“ in Dresden soeben erschienen:

## Stenogramm

der Verhandlungen im Prozess Dreyfuss

vor dem

Kriegsgericht in Rennes.

Lieferung 1 (64 Seiten 8<sup>o</sup>) Preis 20 Pf.

Zu haben in allen Parteibuchhandlungen.

## Nachruf.

Am 26. August verstarb unser Kollege

## Otto Hartmann

im 34. Lebensjahre an der Berufskrankheit.

Ehre seinem Andenken!

Die Organisation der Steinarbeiter von Pirna und Umgegend.